



FHP Analysen

Ökosteuern

Mag. Corinna Gmach

Abteilung für Finanz- und Handelspolitik (FHP)

Juni 2012

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

Wirtschaftskammer Österreich

Abteilung für Finanz- und Handelspolitik (FHP)

Dr. Ralf Kronberger

Autor:

Mag. Corinna Gmach

Wiedner Hauptstraße 63, A-1045 Wien

Email: fhp@wko.at

Internet: <http://wko.at/fp>

ZUSAMMENFASSUNG

In regelmäßigen Abständen wird das Thema Ökosteuern in Österreich diskutiert. In dieser Ausgabe wird die Öko-Steuerproblematik vertiefend analysiert. Dabei werden in einem ersten Schritt die Problemstellungen aufgezeigt, die bei einem Umbau in Richtung Ökosteuerung entstehen würden. Es wird auf die Wechselwirkung zwischen Reduktion von Umweltbelastungen und Steueraufkommen und auf standortpolitische Herausforderungen allgemein eingegangen.

In einem weiteren Schritt wird die Entwicklung der Ökosteuern, die Energieintensität der Wirtschaft in Österreich und der daraus abzuleitende Handlungsbedarf Österreichs analysiert. Die FHP-Analyse hinterfragt kritisch die Interpretation des statistischen Datenmaterials, auf die sich die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion Großteils stützt.

Inhalt

ZUSAMMENFASSUNG	3
1. Die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion	5
2. Die Entwicklung der Ökosteuern	7
3. Vergleich und Entwicklung der Energieintensität.....	12
4. Österreichs Ökosteuern im europäischen Vergleich	14
Literaturverzeichnis	18
Abbildungsverzeichnis.....	19
Tabellenverzeichnis	19

1. DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE DISKUSSION

In der wirtschaftspolitischen Diskussion zum Ausbau des Ökosteuerregimes wird die „Doppelte Dividende“ oft angesprochen. Dabei geht man von der Annahme aus, dass Umweltsteuern eine Lenkungsfunktion haben und die Unternehmen und Konsumenten zu einem Verhalten bewegen, wodurch die Umweltbelastungen reduziert werden (erste Dividende). Zusätzlich sollen die daraus eingenommenen Steuern, im Sinne einer Aufkommensneutralität, zur Senkung der Lohnsteuer bzw. der Lohnnebenkosten genutzt werden, wodurch es zu positiven Beschäftigungswirkungen kommt (zweite Dividende).

Das Bestreben des Staates durch Umweltsteuern ist, die ökologische Belastung zu reduzieren. Tritt der Lenkungseffekt erfolgreich ein - werden also die Umweltbelastungen weniger - verringert sich das Steueraufkommen. Somit besteht zwischen dem Lenkungs- und Finanzierungsaspekt ein Konflikt, der zu unsicheren Beschäftigungszuwächsen führt, da die gewünschten Mehreinnahmen ausbleiben, um diese für eine Lohnnebenkostensenkung zu verwenden. Eine Veränderung der Steuerstruktur wäre somit nur bedingt möglich.

Die Umbasierung des österreichischen Steuersystems auf Ökosteuern ist nur dann mit stabilen und hohen Steuereinnahmen vereinbar, wenn die Preiselastizität niedrig, also Preiserhöhungen zu wenig oder keiner Veränderung des Verbraucherverhaltens führen. Eine Reduktion der Umweltbelastungen erfolgt in diesem Fall jedoch mangels Lenkungseffekte unzureichend.

Ökosteuern stellen sowohl Kosten für die Wirtschaft als auch für die privaten Haushalte dar. Vor diesem Hintergrund müssen Umweltsteuererhöhungen hinsichtlich ihrer Verteilungswirkung analysiert werden. Einerseits müssen sie für den Standort verträglich sein, andererseits sollen soziale Härten vermieden werden. Dabei werden oft die bürokratischen Kosten ausgeklammert, die bei der Rückverteilung an die sozial Bedürftigen entstehen. Eine Ökosteuerbelastung, die keinerlei Lenkungseffekt aufgrund zu geringer Elastizität hat, produziert als „Erfolg“ Mehreinnahmen des Staates, reduziert um die Kosten des bürokratischen Apparats.

Derzeit wird neben der nationalen Ökosteuerdiskussion auch auf europäischer Ebene an einem neuen Rahmen für den Klimaschutz gearbeitet. Geplant ist eine Änderung der Energiesteuerrichtlinie, die auf eine harmonisierte Energiebesteuerung in der EU mittels Besteuerung fossiler Energieträger basierend auf ihrem Energiegehalt und CO₂-Emissionen abzielt. Die Richtlinie sieht vor, dass Benzin oder andere Kraftstoffe neutral besteuert werden, weshalb der Steuersatz für Diesel in Österreich angehoben werden müsste, um das gleiche Niveau des Benzinsteuersatzes zu erreichen. Ebenso sollen Heizstoffe nach ihrem CO₂-Gehalt besteuert werden. Demnach würde die momentan am günstigsten besteuerte Kohle, die künftig am höchsten belastete sein, da sie die höchsten CO₂-Emissionen verursacht. Ob die Änderung der Energiesteuerrichtlinie wie geplant ab 2013 in Kraft treten kann, scheint unsicher. Eine isoliert geführte österreichische Diskussion, die sich allein auf nationale Lösungen konzentriert und die Belastungsideen nicht in ein europäisches Gesamtkonzept einbettet, ist standortpolitisch problematisch.

Ökosteuern lassen sich in vier Kategorien einteilen:

Tabelle 1: Einteilung der Ökosteuern

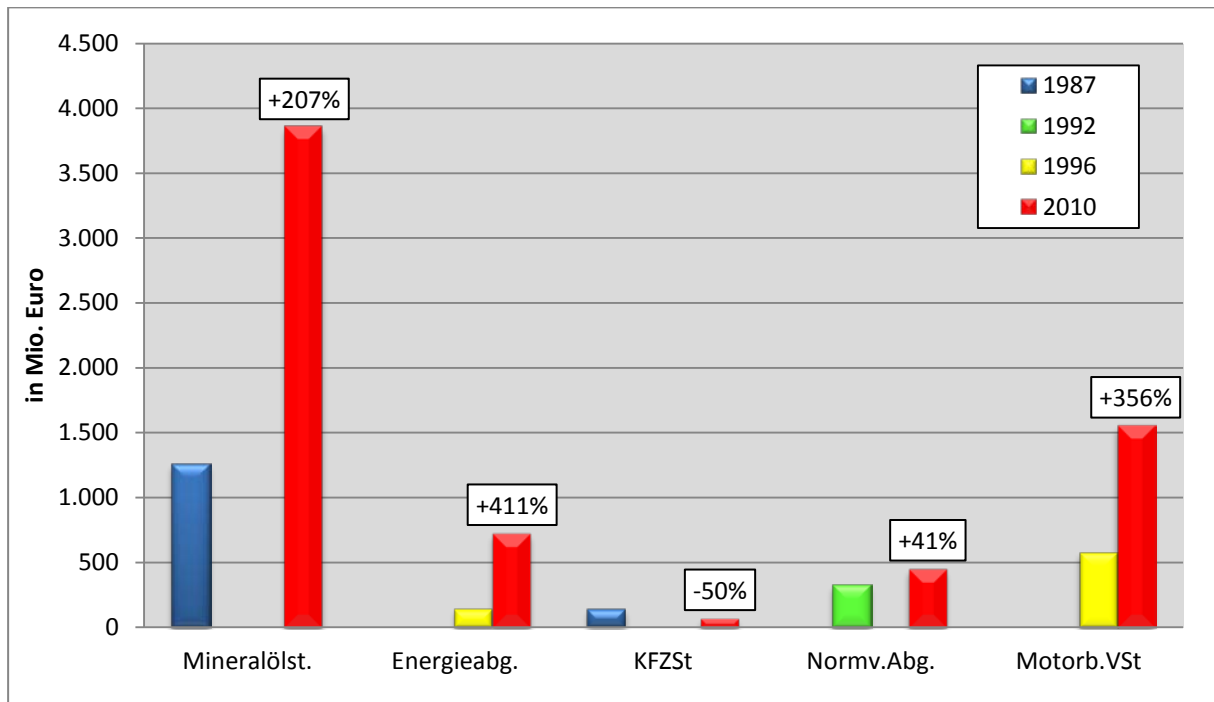
Energiesteuern	Mineralölsteuer Energieabgabe (Kohleabgabe, Erdgasabgabe, Elektrizitätsabgabe)
Transportsteuern	KFZ-Steuer Normverbrauchsabgabe Motorbezogene Versicherungssteuer
Umweltverschmutzungssteuern	Altlastenbeitrag Abwassergebühren Müllgebühren
Ressourcensteuern	Grundsteuer Jagd- und Fischereiabgaben Landschaftsschutz-/Naturschutzabgabe Wiener Baumschutzabgabe

Quelle: STATISTIK AUSTRIA

2. DIE ENTWICKLUNG DER ÖKOSTEUERN

Die Energie- und Transportsteuern sind seit dem Jahr 1987 bzw. 1996 (Energieabgaben) in absoluten Zahlen kontinuierlich gestiegen. Im Gegenzug zur Mineralölsteuererhöhung wurde 2011 die Kfz-Steuer um fast 40 % gesenkt. Gemessen am Vergleichsjahr 1987 lässt sich dadurch ein Rückgang bei der Kfz-Steuer um 50 % erkennen.

Abbildung 1: Entwicklung der Energie- und Transportsteuern in den Jahren 1987 (bzw. Einführungszeitpunkt) bis 2010



Quelle: BMF; eigene Berechnungen

Betrugen die Einnahmen der Mineralölsteuer im Jahr 1987 bereits 1,3 Mrd. Euro, so stiegen sie noch bis zum Jahr 2010 auf 3,9 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Zuwachs um 207 %. Die Zuwächse bei den Einnahmen aus den Energieabgaben (plus 411 %) oder der motorbezogenen Versicherungssteuer (plus 273 %) sind noch größer und über einen kürzeren Zeitablauf erfolgt.

Trends und Entwicklungen der letzten Jahre

Eine Anhebung der Steuersätze oder neue Steuern gab es in der jüngsten Vergangenheit in den unterschiedlichsten Bereichen. So gilt seit 1.1.2011 in Österreich die Flugabgabe, dieser unterliegt der Abflug eines Passagiers von österreichischen Flughäfen und beträgt je nach Länge des Fluges 8 bis 35 Euro. 2011 brachte die Flugabgabe Mehreinnahmen von 59,3 Mio. Euro.

Seit Anfang des Jahres 2012 ist auch die Luftfahrt in der EU in den Emissionshandel einbezogen. Alle Airlines müssen bei Flügen mit Start oder Ziel in der EU für die Flugzeugabgase Emissionszertifikate, also Erlaubnisscheine für die Luftverschmutzung, vorweisen. 15 % der Zertifikate werden durch die Mitgliedstaaten versteigert, 85 % der Zertifikate (ab 2013

82%) werden kostenfrei auf Grund von technologischen Benchmarks ausgegeben. Der Preis eines Tickets dürfte um bis zu 12 Euro pro Strecke teurer werden.

Anfang 2011 wurde die Mineralölsteuer bei Diesel um 5 Cent je Liter und bei Benzin um 4 Cent je Liter erhöht. Den gewünschten Mehreinnahmen des Staates - 417 Mio. Euro im Jahr 2011 - standen Verluste von Steuereinnahmen durch den Rückgang des Tanktourismus gegenüber.

Im gleichen Jahr wurde die Normverbrauchsabgabe (NoVA) angehoben. Einerseits wurde der Zuschlag für den CO₂-Ausstoß erhöht, andererseits eine Senkung der relevanten Schadstoffgrenzen beschlossen. Erwartet wurden für 2011 Mehreinnahmen von 25 Mio. Euro.

Weiters wurde mit 1.1.2012 die Möglichkeit der Energieabgabenrückvergütung für Dienstleistungsbetriebe abgeschafft mit erhofftem Mehraufkommen erstmals für 2012 in Höhe von 100 Mio. Euro. Dies führte zu einem relativen Wettbewerbsnachteil der betroffenen Dienstleistungsunternehmen.

Das Stabilitätsgesetz 2012 brachte Änderungen bei der Mineralölsteuer. Abgeschafft wurden die Steuerbefreiungen für Busse und die Rückvergütung für Schienenfahrzeuge und Agrardiesel. Daraus werden Mehreinnahmen in Höhe von 70 Mio. Euro erstmals für 2013 erwartet.

Tabelle 2: Erwartete Mehreinnahmen durch Konsolidierungsmaßnahmen seit 2011 gesamt in Mio. Euro

	2011	tatsächliche Mehreinnahmen 2011	2012	2013	2014
Flugabgabe	60	59,3	90	90	90
Anhebung Mineralölsteuer	417	358,3	470	470	470
Anhebung NoVA	25	29	25	55	55
Energieabgabenrückvergütung	0	0	100	100	100
Streichung Befreiungen Mineralölsteuer	-	-	0	70	80
Summe	502	446,6	685	785	795

Quelle: BMF

Tabelle 3: Entwicklung der Ökosteuern in den Jahren 2000 bis 2010

Ökosteuern	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	in Mio. Euro										
Energiesteuern	3.288	3.635	3.801	4.009	4.330	4.350	4.221	4.453	4.603	4.456	4.580
Transportsteuern	1.768	1.932	2.028	2.110	2.049	2.099	2.148	2.142	2.163	2.189	2.230
Umweltverschmutzungssteuern	72	89	93	97	57	46	72	72	64	57	51
Ressourcensteuern	453	468	481	504	516	535	536	549	574	575	588
Ökosteuern insgesamt	5.580	6.124	6.402	6.720	6.952	7.030	6.977	7.216	7.404	7.277	7.449
	Anteile der einzelnen Ökosteuern in %										
Energiesteuern	58,90	59,40	59,40	59,70	62,30	61,90	60,50	61,70	62,20	61,20	61,5
Transportsteuern	31,70	31,50	31,70	31,40	29,50	29,90	30,80	29,70	29,20	30,10	29,9
Umweltverschmutzungssteuern	1,30	1,40	1,50	1,40	0,80	0,60	1,00	1,00	0,90	0,80	0,7
Ressourcensteuern	8,10	7,70	7,50	7,50	7,40	7,60	7,70	7,60	7,70	7,90	7,9
Ökosteuern insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: STATISTIK AUSTRIA; eigene Berechnung

Die Einnahmen aus Ökosteuern im Jahr 2010 betragen 7.449 Mio. Euro und waren um 2,2% höher als 2009. Die Ökosteuern sind seit 2000 um 33,49% gestiegen, was einem realen Anstieg bereinigt um die Inflation von 691,62 Mio. Euro entspricht.

Die Energiesteuern, darunter fällt die Mineralölsteuer und die Energieabgabe (Erdgas- und Elektrizitätsabgabe), machen mit 61,5% den größten Teil innerhalb der Ökosteuern aus. 2010 betragen die Einnahmen aus Energiestern 2,8% mehr gegenüber dem Vorjahr. Innerhalb der Energiesteuern brachte die Mineralölsteuer mit 3.853 Mio. Euro die höchsten Einnahmen (84,1% der Energiesteuern). Die Mehreinnahmen (+1,42%) sind vorwiegend darauf zurückzuführen, dass 2010 um 4,2% mehr Diesel dem Verkauf zugeführt wurde, der Benzinverkauf ging um 1,6% zurück. Auch beim Kraftfahrzeugbestand zeigt sich ein Trend zu Dieselfahrzeugen. Diesel-Pkw verzeichneten einen Zuwachs von 2,7%, Busse und Lkw von 1,5% und Benzin-Pkw von 0,8. Gesamt betrachtet steigt die Mineralölsteuer gleichmäßig und stetig an, während Die Energieabgabe markante Zu- und Abnahmen verzeichnet, wobei der Verbrauch an Erdgas, Kohle und Heizöl Ursache dafür ist.

Die Transportsteuern liegen an zweiter Stelle und betragen im Jahr 2010 2.230 Mio. Euro (+1,9% gegenüber dem Vorjahr), was einem Anteil von 29,9% der gesamten Ökosteuern entspricht. Mit knapp 70% nimmt die motorbezogene Versicherungssteuer den ersten Platz ein, gefolgt von der Normverbrauchsabgabe mit 20,3%. Die KFZ-Steuer trägt nur gering zum An

teil der Transportsteuern bei. Trotz mehr zugelassenen Fahrzeugen stieg die motorbezogene Versicherungssteuer durch den höheren Anteil schwächer motorisierter neuzugelassener Fahrzeuge gegenüber dem Vorjahr um nur 2,2%. Wegen einer Änderung der Berechnung der Normverbrauchsabgabe im Jahr 2008 (Anschaffungspreis und durchschnittlicher Kraftstoffverbrauch sowie ein Bonus-/Malussystem für CO₂-Emissionen), verzeichnete die Normverbrauchsabgabe 2010 trotz eines Anstieges neu zugelassener Fahrzeuge eine Zunahme von geringen 0,6%. Die Kraftfahrzeugsteuer wies einen Zunahme von 1,7% auf. An Stelle des Straßenbenützungsbeitrags, welcher 2004 ausgelaufen ist, wird eine fahrleistungsabhängige Maut (LKW-Road-Pricing“) von der ASFINAG eingehoben. Diese stellt keine Steuer dar. Insgesamt machen die Energiesteuern und Transportsteuern 91% des gesamten Ökosteueraufkommens aus.

Die Ressourcensteuern auf Platz 3, bestehen zum größten Teil aus der Grundabgabe B (Versiegelung von Boden durch Verbauung von Grundstücken). Die Umweltverschmutzungssteuern machen nur einen kleinen Teil des gesamten Ökosteueraufkommens aus und sind somit von geringerer Bedeutung.

Dass die stetige Erhöhung der Einnahmen nicht nur auf einen Mehrverbrauch von Energie zurückzuführen ist, zeigt sich auch in der Entwicklung der Steuersätze in den letzten 10 Jahren. So stieg z.B. allein die Elektrizitätsabgabe zwischen 1999 und 2011 von 0,0073 auf 0,015 Euro/kWh oder um 105 %.

Tabelle 4: Entwicklung der Energiesteuersätze in Österreich

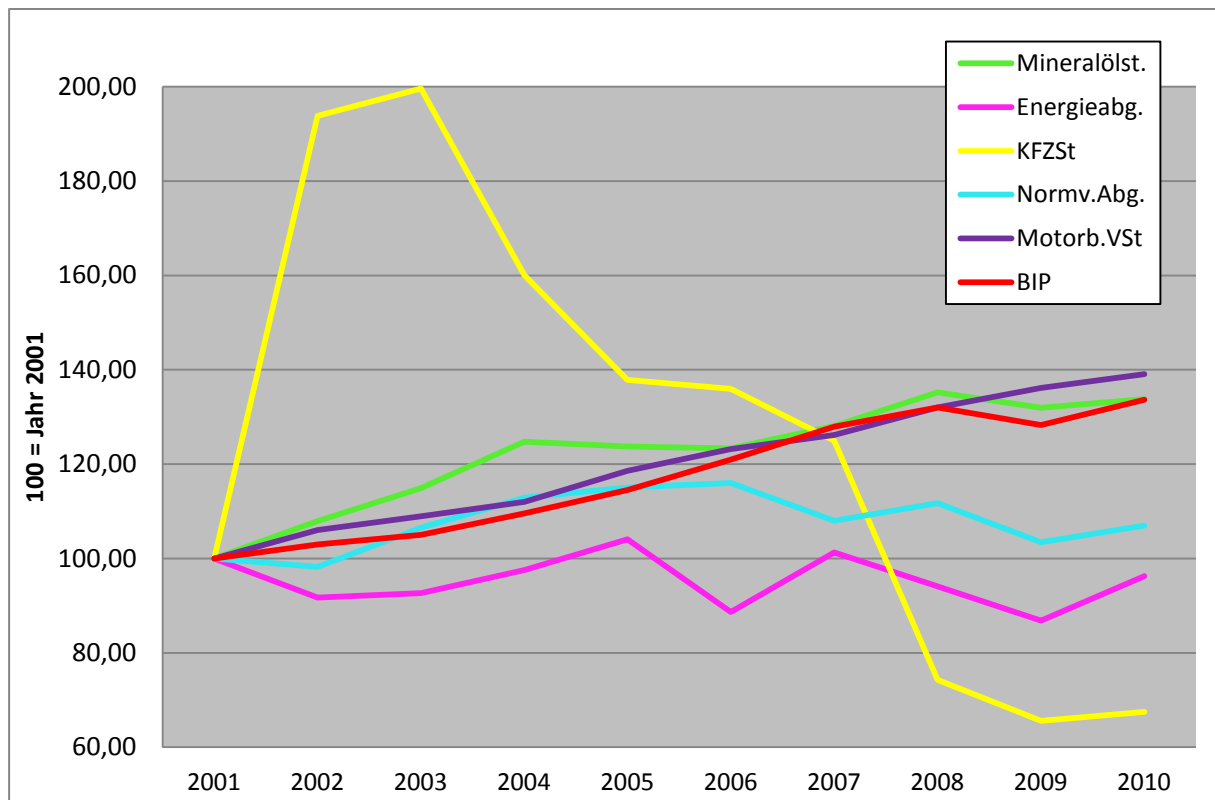
Energieträger	ME	1999	2005	2011	Steigerung zwischen 1999 und 2005 in %	Steigerung zwischen 1999 und 2011 in %
Elektrizität	kWh	0,0073	0,015	0,015	105	105
Erdgas (Heizstoff)	m ³	0,0436	0,066	0,066	51	51
Kohle	kg	keine	0,05	0,05	seit 2003 NEU	
Flugabgabe	Distanz			8/20/35	seit 2011 NEU	
Flüssiggas zum Verheizen	kg	0,043	0,043	0,043	seit 1999 unverändert	
Benzin bleifrei	l	0,407	0,432	0,482	6	18
Diesel	l	0,282	0,325	0,425	15	51
Diesel mit Beimischung von Biodiesel	l	-	0,297	0,397	seit 2005 NEU	
Heizöl ¹	kg	0,036	0,06	0,06	67	67
Flüssiggas als Treibstoff	kg	0,261	0,261	0,261	seit 1999 unverändert	

Quelle: BMF; eigene Berechnungen

¹ Mit dem Ökologisierungsgesetz 2007 kam es zu einer Spreizung der Besteuerung. Für 1.000 l gekennzeichnetes Gasöl mit einem Schwefelgehalt von höchstens 10 mg/kg beträgt die Steuer 98 Euro und mit einem Schwefelgehalt von mehr als 10 mg/kg 128 Euro. Die Mineralölsteuer für Heizstoffe beträgt für 1.000 l mit einem Schwefelgehalt von höchstens 10 mg/kg 98 Euro und mit einem Schwefelgehalt von mehr als 10 mg/kg 128 Euro.

Im Detail betrachtet, haben die Energiesteuereinnahmen unterschiedliche Entwicklungsverläufe. Während die Einnahmen aus Mineralölsteuer (Tanktourismus), motorbezogener Versicherungssteuer und Grunderwerbsteuer kontinuierlich in absoluten Zahlen gestiegen sind, stagnieren die Einnahmen aus den Energieabgaben, der Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer) und der Normverbrauchsabgabe.

Abbildung 2: Entwicklung des BIP im Vergleich (das Jahr 2001 = 100) zu den Energiesteuern in den Jahren 2001 bis 2010



Quelle: BMF, eigene Berechnung

Die Energieabgaben sind zwischen 1999 und 2004 bzw. 2005 zuerst stark angestiegen und haben sich dann auf hohem Niveau gehalten (Energieabgabenvergütung). Die Steuersätze der Energieabgaben liegen deutlich über den europäischen Mindeststeuersätzen (siehe Tabelle 4)

Die Kfz-Steuer stieg zwischen 2001 und 2004 massiv an (sie verdoppelte sich) und nahm dann kontinuierlich ab. Dies resultierte aus einer Kfz-Steuersenkung, die im Gegenzug zur Mineralölsteuererhöhung stattfand.

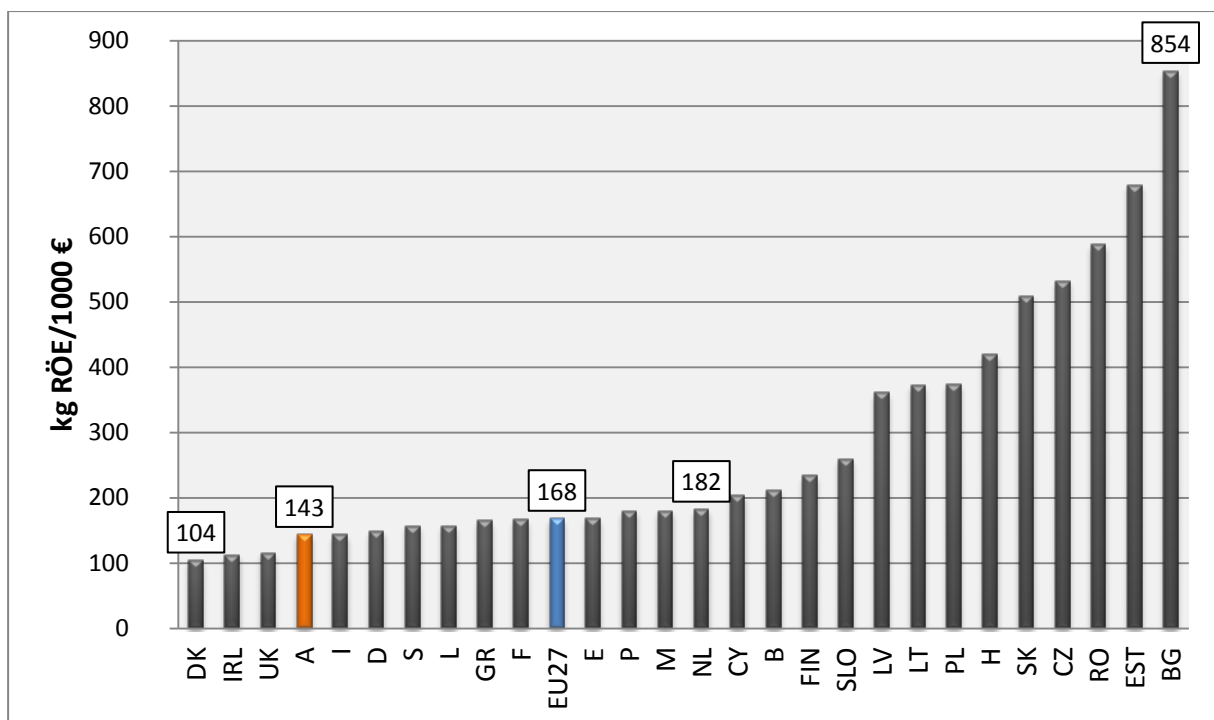
Betrachtet man die Entwicklung der Steuereinnahmen im Verhältnis zum BIP in den Jahren 2001 und 2010 kann allgemein festgehalten werden, dass sie sich im Rahmen der BIP-Entwicklung bewegt haben. Allein die Energieabgaben haben sich unterdurchschnittlich entwickelt. Im Verhältnis zu anderen Steuereinnahmen, wie z.B. ESt, LSt, KöSt und USt sind die Umweltsteuern relativ jedoch zurückgegangen.

Relativ zur Wertschöpfung kam es ab dem Jahr 2004 zu einer leichten Entkoppelung zwischen Wirtschaftswachstum und der Entwicklung der Energiesteuersätze. Besonders stark sieht man dies bei der Entwicklung der MöSt. Obwohl in absoluten Zahlen die MöSt-Einnahmen kontinuierlich anstiegen, verringerte sich ihre Bedeutung im Verhältnis zum BIP.

3. VERGLEICH UND ENTWICKLUNG DER ENERGIEINTENSITÄT

Ein Ansatzpunkt für die Politik um zu erkennen, ob Ökosteuern, Gebote, Verbote und Emissionshandel Lenkungseffekte beim Verbrauch von Energieträgern haben könnten, ist die Energieeffizienz. Die Energieeffizienz ist ein Maß für den Energieaufwand zur Erreichung eines festgelegten Nutzens. Ein Vorgang ist dann effizient, wenn ein bestimmter Nutzen mit minimalem Energieaufwand erreicht wird. Je geringer die Energieeffizienz einer Volkswirtschaft ist, desto eher erreichen Lenkungseffekte (Reduzierung des Energieverbrauchs) ihr Ziel.

Abbildung 3: Energieintensität der Wirtschaft in der Europäischen Union (Bruttoinlandsverbrauch an Energie/BIP KKS) im Jahr 2010

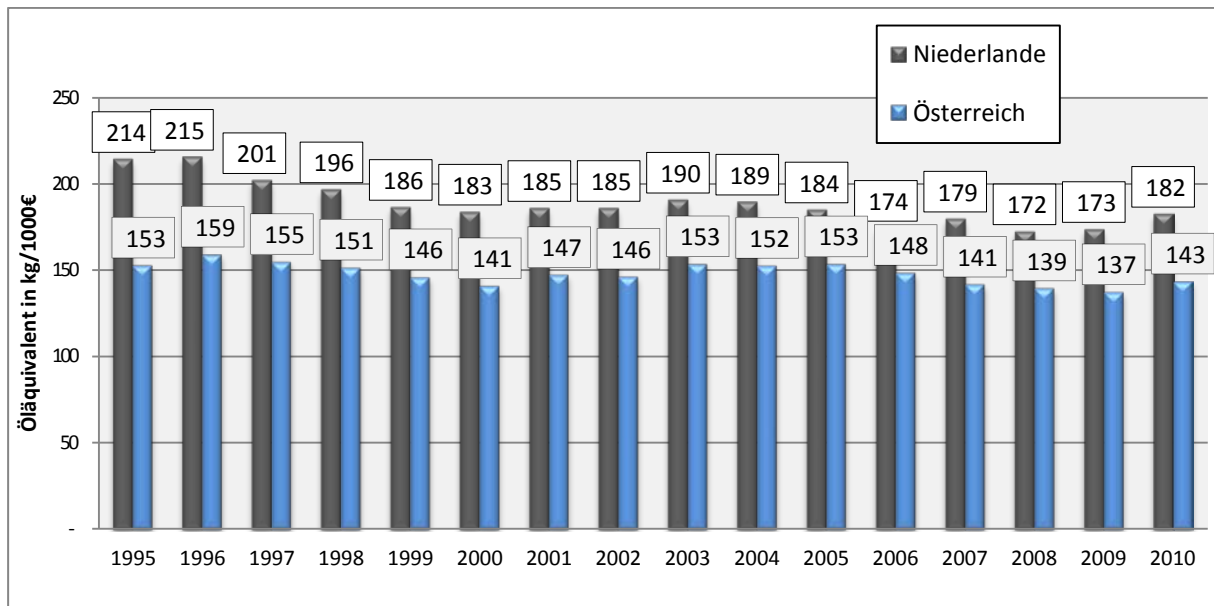


Quelle: Eurostat

Die Energieintensität der österreichischen Wirtschaft ist im EU-Durchschnitt sehr gering (siehe Abbildung 3). Die Energieintensität ist eine Kennzahl, die den Energieverbrauch einer Volkswirtschaft in Bezug zum erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt setzt. Sie wird wie folgt berechnet: $\text{Energieintensität} = \text{Energieeinsatz} / \text{Bruttoinlandsprodukt}$

Bei der Energieintensität der Wirtschaft nimmt Österreich einen Spitzenrang ein. Die Möglichkeit der Besteuerung bzw. der Reduzierung des Energieeinsatzes ist damit beschränkt.

Abbildung 4: Energieintensität der Wirtschaft in Österreich und den Niederlanden (Bruttoinlandsverbrauch an Energie/BIP KKS) in den Jahren 1995 bis 2010



Quelle: BMF; eigene Berechnungen

Abbildung 4 zeigt die Entwicklung der Energieintensität der Wirtschaft Österreichs und der Niederlande. Die Niederlande wurden deshalb als Vergleichsland gewählt, weil sie immer wieder als Vorbild für den hohen Anteil an Ökosteuern am Gesamtsteueraufkommen für Österreich genannt werden.

Tabelle 5 vergleicht den Anteil der Ökosteuern gemessen an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben beider Länder. Dieser war in den Niederlanden im Jahr 2009 zwar um 4,7% höher als in Österreich, jedoch sind höhere Ökosteuern in den Niederlanden notwendig, da Bedarf an einer Senkung der Energieintensität besteht und Ökosteuern bisher nicht in der Lage waren, entsprechende Lenkungseffekte zu erzielen.

Tabelle 5: Anteil der Ökosteuern in den Niederlanden und Österreich in % gemessen an den Gesamtsteuereinnahmen inklusive Sozialabgaben und gemessen am BIP

	2005	2006	2007	2008	2009
Anteil der Ökosteuern in % der Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben					
Niederlande	10,5	10,34	9,82	9,93	10,42
Österreich	6,25	5,96	5,79	5,63	5,69
Anteil der Ökosteuern in % des BIP					
Niederlande	3,95	4,03	3,8	3,88	3,98
Österreich	2,65	2,49	2,43	2,4	2,43

Folgende Schlüsse können aus Abbildung 4 und Tabelle 5 gezogen werden:

Die Energieintensität Österreichs blieb in den letzten 1½ Jahrzehnten relativ stabil. In beiden Ländern zeigt sich eine Tendenz leichter Abnahme.

Die Schwankungen dürften eher dem europäischen Konjunkturverlauf folgen, als nationalen Einflussgrößen. Dies ist aus dem synchronen Verlauf zwischen Österreich und den Niederlanden herauszulesen.

Das Vorbild Niederlande mag zwar seine Bilanz der Energieintensität in den letzten Jahren verbessert haben. Der Wert der Niederlande liegt aber im Jahr 2010 noch immer um 23% über dem Wert Österreichs. Ein Nachholbedarf Österreichs kann daraus sicherlich nicht abgeleitet werden.

4. ÖSTERREICHS ÖKOSTEUERN IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Das Ökobesteuerungsregime der EU ist durch die Energiesteuerrichtlinie bestimmt. Darin wurden verpflichtende Mindeststeuersätze vereinbart. Die Zielsetzung der Richtlinie ist: den Steuerwettbewerb nach unten einschränken, die Chancengleichheit wahren und gleichzeitig den Klimaschutz und „saubere“ Energieformen fördern.

Tabelle 6 zeigt den Abstand der europäischen Mindestenergiesteuersätze nach der EU-Richtlinie zu den national gewählten Steuersätzen.

Tabelle 6: Unterschiede zwischen den EU-Mindeststeuersätzen und den österreichischen Steuersätzen im Jahr 2012

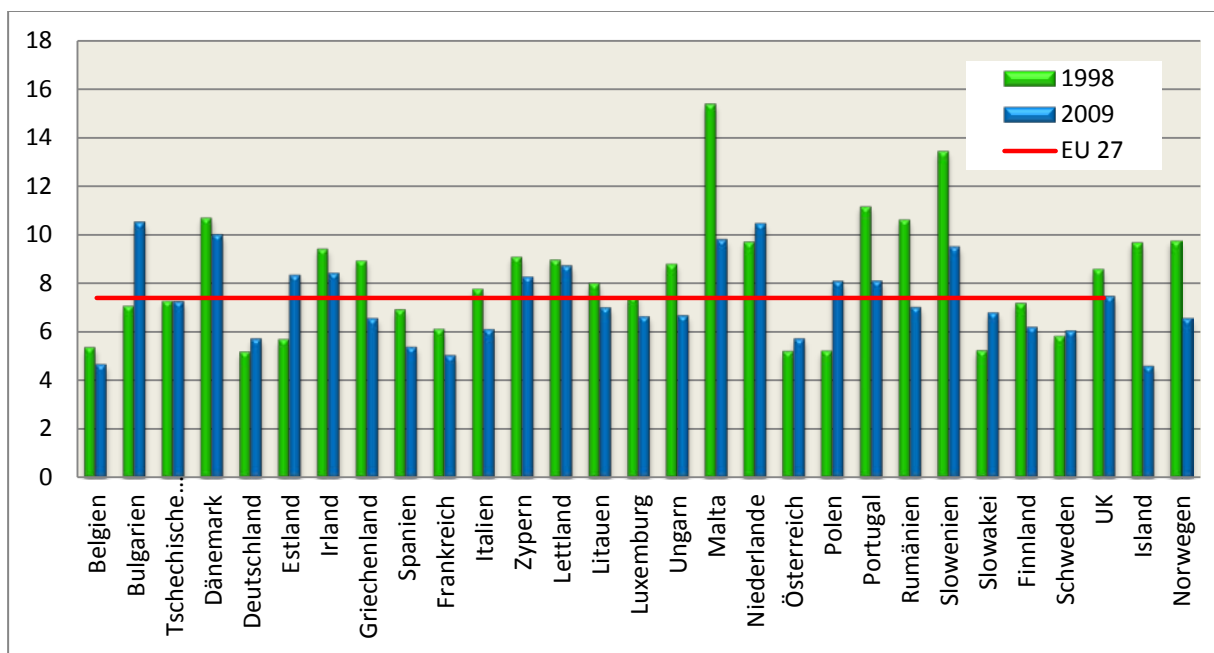
Energieträger	ME	Steuer-satz in Österreich in €/ME 2012	EU-Mindest-steuersatz für Unternehmen €/ME seit 2004	EU Mindeststeu-ersatz für Private Haushalte €/ME seit 2004	Unterschied zwi-schen EU-Mindeststeuer und Steuer in Österreich 2012 in %
Elektrizität	kWh	0,015	0,0005	0,001	1.400
Erdgas (Heiz-stoff)	m ³	0,066	0,00598	0,012	450
Kohle	kg	0,05	0,004	0,008	525
Flüssiggas zum Verheizen	kg	0,043	0	0	keine EU Mindeststeuer
Benzin bleifrei	l	0,482	0,359	0,359	34
Diesel	l	0,425	0,330	0,330	29
Diesel mit Beimischung von Biodiesel	l	0,397	0	0	keine EU Mindeststeuer
Heizöl	kg	0,06	0,015	0,015	300
Flüssiggas als Treibstoff	kg	0,261	0,125	0,125	109

Dabei zeigt sich, dass Österreich bei allen Steuersätzen über den EU-Mindeststeuersätzen liegt. Bei der Elektrizitätsabgabe sogar um 1.400 Prozent. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag der Erhöhung der Elektrizitätsabgabe, die im Zusammenhang mit der „Optionen-kombination“ überlegt wurde, wenig nachvollziehbar. Es kann daher nicht davon gespro-chen werden, dass Österreich in einen Niedrigsteuerwettbewerb bei Energiesteuersätzen getreten ist.

Allein bei der Mineralölsteuer liegt Österreich relativ günstig. Die Gründe dafür liegen darin, dass die Möglichkeiten der Bemautung des innereuropäischen Transits bisher beschränkt waren. Deshalb bot das Instrument des Tanktourismus in Österreich einen Ausgleich für die durch den Transitverkehr entstehenden externen Kosten.

Bei der Diskussion über die Anhebung der Mineralölsteuer ist zu bedenken, dass Österreich ein Binnenland ist, dem günstige Verkehrswege, wie das Meer nicht zugänglich sind. Weil Österreich niedrigere Treibstoffpreise als seine Nachbarländer (v.a. BRD, Italien) hat, sind ein Drittel der gesamten Einnahmen aus Mineralölsteuer auf den Tanktourismus zurückzuführen. Da Österreich sein Kyoto-Ziel (2020 13% weniger CO₂ Emissionen als im Vergleichsjahr 1990) und die Kyoto-Periode 2008-2012 um ca. 75 Mio. t CO₂ verfehlen wird, muss es Emissionszertifikate zukaufen. Die Kosten für 5 Jahre werden 750 Mio. Euro bis 1 Mrd. Euro betragen (10 bis 15 Euro pro Tonne CO₂). Die Einnahmen aus weniger als 1 Jahr Tanktourismus (bei jährlichen Einnahmen aus Mineralölsteuer von ca. 4 Mrd. Euro), decken Budgetausgaben für die CO₂-Zertifikate für die gesamte Fünfjahresperiode zur Bedeckung der CO₂-Lücken aller Sektoren (Gewerbe, Industrie, Gebäude).

Abbildung 5: Anteil der Ökosteuererinnahmen an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben in % zwischen 1998 und 2009



Quelle: Eurostat

Abbildung 5 zeigt, dass Österreich zwar mit seinem Anteil der Umweltsteuern an den Gesamtsteuereinnahmen im Jahr 2009 knapp unter dem EU-Durchschnitt lag, jedoch kann bei genauerer Betrachtung ein Nachholbedarf Österreichs nicht abgeleitet werden. Die Gründe für den hohen Anteil der ehemaligen Mittel- und Osteuropäischen Staaten mit höherem Umweltsteueranteil sind, dass sich die anderen Steuereinnahmen, wie KöSt und ESt in diesen Ländern aufgrund von Flat-Tax-Regelungen, Steuerbefreiungen für Betriebsansiedlungen und nicht funktionierender Steuerkultur noch nicht entwickeln konnten. Während hingegen Österreich als Teil Westeuropas über einen relativ hohen absoluten Ökosteueranteil verfügt.

Außerdem hat die Mindeststeuerregelung der Energiesteuerrichtlinie (vgl. Tabelle 3) den Effekt, dass alle Länder mit in absoluten Zahlen geringerem Steueraufkommen automatisch

höhere Ökosteueranteile haben, wenn sie sich eher an den Mindeststeuersätzen orientieren und nicht wie Österreich, relativ hohe Steuersätze im Vergleich zu den Mindeststeuersätzen gewählt haben.

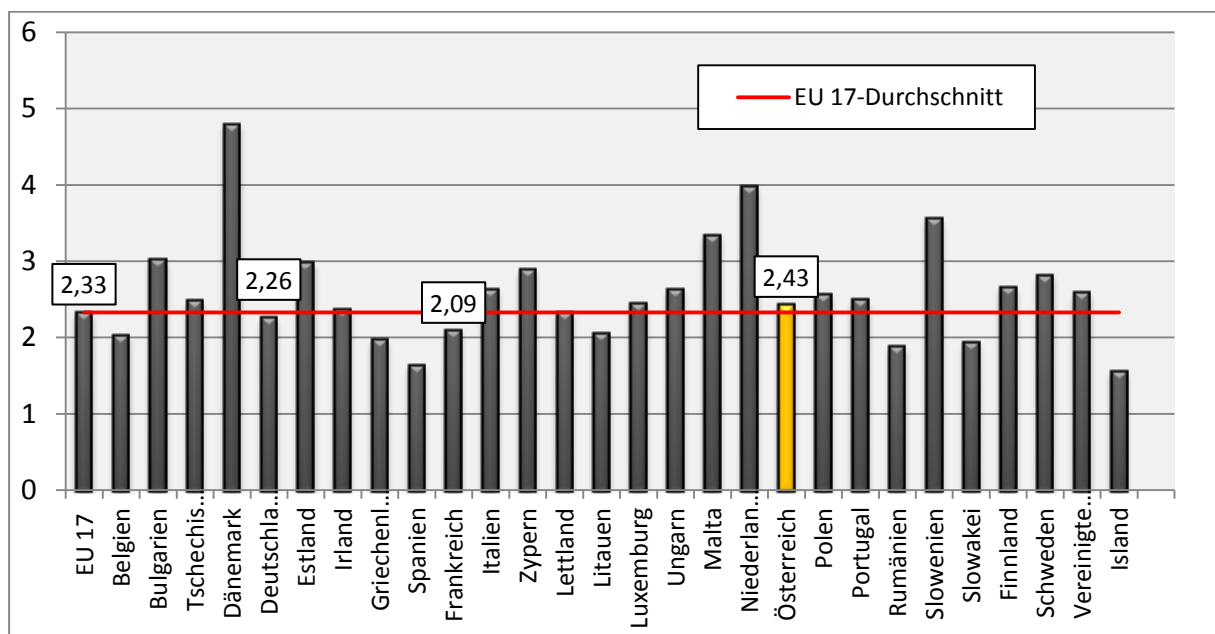
Dies betrifft besonders südeuropäische Länder, wie z.B. Portugal und Griechenland, aber auch mittel- und osteuropäische Länder, wie z.B. Polen und Bulgarien. Auch Länder, wie Großbritannien und Irland, die eine niedrigere Abgabenquote als Österreich haben, weisen aus rein statistischen Effekten höhere Ökosteueranteile aus. Dies ist aus Abbildungen 5 gut erkennbar. Insbesondere diese steuerstatistischen Daten müssen sorgfältig interpretiert werden und in den adäquaten Kontext gestellt werden.

Weiters darf die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur vergleichbarer Länder nicht vernachlässigt werden. Die Länder der EU-15, die noch im Jahre 1998 höhere Anteile hatten als Österreich, wie Großbritannien, Irland, Frankreich und Griechenland, liegen nun in dessen Nähe. Länder wie Finnland, Spanien, Frankreich und Belgien hatten ihren Anteil im selben Zeitraum gegenüber Österreich, dessen Anteil der Ökosteuern gestiegen ist, gesenkt.

Vom Niveau der Abgabenquote alleine, kann nicht beurteilt werden, ob sie zu hoch ist. Bei der Betrachtung und dem Vergleich der Umweltsteuern eines Landes, ist immer auf zusätzliche Faktoren, die über den absoluten Anteil der Umweltsteuern hinausgehen. So weisen Länder, die auf Grund geografischer Gegebenheiten keine harten Winter haben, oder über große Energievorkommen verfügen, einen niedrigeren Energieverbrauch auf, weswegen diese höhere Steuersätze eher hinnehmen können. Vergleicht man nun noch einmal die Niederlande mit Österreich, zeigt sich in Abbildung 6, dass Österreich zwar niedrigere Gesamtumwelteinnahmen, jedoch die Niederlande eine höhere Energieintensität als Österreich und dem EU-Durchschnitt haben (Abbildung 3).

Österreich liegt beim Anteil der Ökosteuern verglichen am BIP im durchschnittlichen Bereich der europäischen Mitgliedstaaten. Verglichen mit dem Wert des Euroraum 17 (2,3%), liegt Österreich sogar darüber und vor Deutschland und Frankreich, welche beide starke Volkswirtschaften sind.

Abbildung 6: Anteil der Ökosteuern in % gemessen am BIP im Jahr 2009



Quelle: Eurostat

Die Steigerung des Ökosteueranteils Österreichs dürfte ohne starke Beeinflussung der Wettbewerbsfähigkeit und ohne den Wirtschaftsstandort zu schwächen gelungen sein. Der stabile Anteil (2001: 27 Prozent; 2011: 28 Prozent) der Sekundärwirtschaft (Sachgütererzeugung, Bau und Energie) an der Wertschöpfung und die Entwicklung industrieller Exportprodukte können als Indikatoren dafür herangezogen werden.

Die eingangs angesprochene „doppelte Dividende“ sollte allerdings nicht als Argument für die Erhöhung der Umweltsteuern herangezogen werden, da sich Lenkungsfunktion –also die Reduktion von Umweltbelastungen – und eine aufkommensneutrale Umschichtung der Steuern und Abgaben, vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umwelt, mit gleichzeitiger Belebung der Wirtschaftsleistung und Beschäftigung, in einem Spannungsverhältnis befinden. Tritt nämlich der Lenkungseffekt erfolgreich ein, verringert das die Einnahmen aus Umweltsteuern, wodurch keine Umschichtung auf den Faktor Arbeit möglich ist. Gleichzeitig steigen durch höhere Umweltsteuern die Preise und die Reallöhne geraten unter Druck.

Sehr wohl gibt es einen Senkungsbedarf anderer Steuern – insbesondere der arbeitsbezogenen Besteuerung – daraus sollte kein Erhöhungsbedarf der Ökosteuern abgeleitet werden. Wenn ein solcher Abgabensenkungsschritt (Arbeit) vollzogen würde, ergäbe sich dadurch eine Erhöhung der Ökosteuern relativ zur Gesamtabgabenbelastung. Ein Strukturbedarf besteht jedenfalls, wenn das österreichische Abgabensystem zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen soll.

LITERATURVERZEICHNIS

- Aichinger, A. (2008): Umweltschutzausgaben in Österreich 2005, Statistische Nachrichten 2/2008, S. 165 - 172, Statistik Austria, Wien
- Aiginger, K. et al (2008): WIFO: Ziele und Optionen der Steuerreform, Kapitel 4.3 Ökologisierung des Steuersystems, S. 79 - 82 und Kapitel 4.6 Anpassungen bei Umsatz- und Verbrauchsteuern, S. 93 - 96, WIFO Oktober 2008
- Baud, S. (2007): Umweltökonomische Gesamtrechnung: Integrierte NAMEA 1999 - 2004, Statistische Nachrichten 10/2007, S. 926 - 931, Statistik Austria, Wien
- Bellen, A. van der et al (1998): anders steuern: Die ökosoziale Steuerreform der Grünen, eine Broschüre der Grünen Bildungswerkstatt, Wien
- Ebner, S. (2012): Ökologisierung des Verkehrs, Aktuelle Initiativen, Wirtschaftskammer Österreich, 17. Auflage
- Feess, E. (2007): Umweltökonomie und Umweltpolitik, Verlag Franz Vahlen GmbH, Badlangensalza, 3. Auflage
- Köppl, A. (2008): Warum Umweltsteuern? Aspekte einer Ökologisierung des Steuersystems; Ökosoziale Steuerreform - im Widerspruch der Interessen, Vortrag in der Arbeiterkammer Wien am 1. Oktober 2008
- Petrovic, B. (2006): Öko - Steuern 1997 - 2005: Projektbericht, Statistik Austria, Direktion Raumwirtschaft, Wien
- Petrovic, B. (2007): Öko - Steuern 1995 - 2006: Projektbericht, Statistik Austria, Direktion Raumwirtschaft, Wien
- Petrovic, B. (2008): Ökosteuern in Österreich 1995 - 2006: in Statistische Nachrichten 2/2008, S. 173 - 178, Statistik Austria; Wien
- Rossmann, B. (2008): Umdenken - Umsteuern - Umverteilen: Das Konzept der ökosozialen Steuerreform 2008, Grüner Klub im Parlament, Wien
- Rossmann, B. (2008): Umdenken - Umsteuern - Umverteilen: Der größte, ökologisch - soziale Umbau unseres Steuer- und Abgabensystems seit zwei Jahrzehnten, Grüner Klub im Parlament, Wien

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Entwicklung der Energie- und Transportsteuern in den Jahren 1987 (bzw. Einführungszeitpunkt) bis 2010	7
Abbildung 2: Entwicklung des BIP im Vergleich (Das Jahr 2001 = 100) zu den Energiesteuern in den Jahren 2001 bis 2010.....	11
Abbildung 3: Energieintensität der Wirtschaft in der Europäischen Union (Bruttoinlandsverbrauch an Energie/BIP KKS) im Jahr 2010.....	12
Abbildung 4: Energieintensität der Wirtschaft in Österreich und den Niederlanden (Bruttoinlandsverbrauch an Energie/BIP KKS) in den Jahren 1995 bis 2010.....	13
Abbildung 5: Anteil der Ökosteuererinnahmen an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben in % zwischen 1998 und 2009.....	15
Abbildung 6: Anteil der Ökosteuern in % gemessen am BIP im Jahr 2009.....	16

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Einteilung der Ökosteuern	6
Tabelle 2: Erwartete Mehreinnahmen durch Konsolidierungsmaßnahmen seit 2011 gesamt in Mio. Euro.....	8
Tabelle 3: Entwicklung der Ökosteuern in den Jahren 2000 bis 2010	9
Tabelle 4: Entwicklung der Energiesteuersätze in Österreich	10
Tabelle 5: Anteil der Ökosteuern in den Niederlanden und Österreich in % gemessen an den Gesamtsteuereinnahmen inklusive Sozialabgaben und gemessen am BIP	13
Tabelle 6: Unterschiede zwischen den EU-Mindeststeuersätzen und den österreichischen Steuersätzen im Jahr 2012	14